

zung und Evaluation eng zusammengearbeitet. Anschließend haben sie das Programm veröffentlicht, sodass andere Schulen davon profitieren können. Zu dem Programm wurde auch eine Fortbildung erarbeitet, die von Eltern, Tageseinrichtungen und Grundschulen übernommen wurde.

Inzwischen ist dieses Programm zur individuellen Lese-Rechtschreib-Förderung, das zu überdurchschnittlichen Lernzuwächsen führt, evaluiert. Es wird von fast allen Grundschulen der Region Gütersloh und zunehmend auch von weiterführenden Schulen genutzt. Mittlerweile ist es auch ein erfolgreicher Baustein im Zusammenhang mit der Elternzusammenarbeit an den Schulen der Stadt geworden. Außerdem gibt es – das ist ebenfalls sehr erfreulich – überregionale Anfragen. So soll es sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Dieses beeindruckende Beispiel zeigt auch, wie Bildungsnetzwerke arbeiten können und wie Bildungsnetzwerke arbeiten werden. Ich finde Bildungsnetzwerke sinnvoll. Sie sind lebendig, zielführend und vorbildlich. Nach meiner Einschätzung können wir auch auf ihr eigenverantwortliches Tun setzen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Redezeiten sind auch erschöpft. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/7458** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Dort wird die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann haben wir dies einstimmig so beschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, muss ich Ihnen noch Folgendes mitteilen – daran erkennen Sie, dass dieses Präsidium immer sehr objektiv arbeitet –: Der Abgeordnete Sagel hat in der Plenarsitzung am 18. Juni 2008 zum Tagesordnungspunkt 6 einen Zwischenruf getätigt, der im Protokoll mit „Stasi-Taktik“ festgehalten wurde. Unser Präsidiumskollege Vizepräsident Keymis hat diesen Zwischenruf am nächsten Tag gerügt.

Dieser Eintrag beruht aber möglicherweise auf einem Hörfehler. Daher sind eine Korrektur im Protokoll geboten und die daraus folgende Rüge zurückzunehmen, was ich hiermit tue. Wir wollen ehrlich und gerecht sein. (Siehe dazu auch Seite 11934)

(Zuruf)

– Das will ich jetzt nicht wiedergeben.

Nun rufe ich auf:

8 Den Ankündigungen von Verkehrsminister Oliver Wittke müssen Taten folgen: Die NRW-Landesregierung darf die zum 01.01.2009 geplante Erhöhung der LKW-Maut im Bundesrat nicht blockieren!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7454

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält der Abgeordnete Becker das Wort. Bitte schön.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die LKW-Maut geht auch uns in Nordrhein-Westfalen etwas an, und zwar nicht nur deswegen, weil Nordrhein-Westfalen das von LKW am meisten betroffene Bundesland ist und weil auf den Autobahnen in NRW nach wie vor die meisten Staus sind, obwohl immer wieder etwas anderes behauptet wird, sondern auch, weil natürlich aus den Mauteinnahmen Verkehrsinfrastruktur finanziert werden soll. Ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen mit dieser Verkehrsinfrastruktur und seinen Problemen muss an einer ordentlichen Einnahme aus der Maut interessiert sein. Ich erinnere insbesondere an den Güterfernverkehr und den Güterverkehr auf der Schiene. Wir haben ja gestern über das Thema Eiserner Rhein beraten, aber auch die Themen Betuwe-Linie und Lärmschutz an der Linie beschäftigen uns immer wieder.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ein solches Bundesland muss auch daran interessiert sein, dass eine Maut eine Steuerungswirkung zur Verdrängung der schadstoffreicheren Lkw und zur Förderung der schadstoffärmeren Lkw hat. Darüber hinaus muss dieses Bundesland natürlich auch ein Interesse daran haben, dass es für seine Verkehrsinfrastruktur ordentlich mit Finanzmitteln ausgestattet wird.

Vor dem Hintergrund, dass sich die Bundesregierung im Sommer 2007 auf der Kabinettsklausur in Meseburg dazu entschieden hat, aus all diesen Gründen die Maut zu erhöhen und dies im Juni diesen Jahres auch umgesetzt hat, und zwar genau das, was in Meseburg im Jahre 2007 beschlossen worden ist, verwundert es einen schon, dass der Verkehrsminister des Landes, der im April noch ausdrücklich gesagt hat, die Maut müsse erhöht werden und eine Steuerungswirkung bekommen, im Juni in den populistischen Chor insbesondere der Länder, die demnächst wählen, einstimmt und sagt: Maut? Schwierig. Darauf können sich die Speditionsfirmen nicht rechtzeitig einstellen. Die Maut muss später erhöht werden. Eine Spreizung für Euro 3 ist schwierig. Die wussten das nicht. Und das wird zu teuer. – Dabei fahren die meisten Lkw damit. Und was die Kosten angeht, gebe ich zu be-